

Niederschrift SOZ/005/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 17.11.2021

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Ute Ehrenberg	UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Okba Aljasem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Vertretung für Frau Elisa- beth Meyer
Frau Susanne Bien-Ahrens		Vertretung für Herrn Johan- nes-Michael Bögge
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch
Herr Lars Wever	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Herr Henrik Mersch		Schriftführer
Frau Annette Wiggers		Leiterin Jugendamt

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
-----------------------------	--	---

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

- 1. Bestellung von Herrn Mersch zum Schriftführer
Vorlage: 520/21**

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO NRW Herrn Henrik Mersch zum Schriftführer für die Sitzung am 17.11.2021.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 2. Niederschrift Nr. 004 über die öffentliche Sitzung am 24.08.2021**

Herr Beckers trägt vor, dass bei der Anwesenheit des Herrn Holger Wortmann ein Fehler unterlaufen ist. Herr Wortmann hat nicht wie im Protokoll angegeben, Frau Meyer, sondern ihn vertreten.

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgetragen.

- 3. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann verweist auf die bereits übersandten Informationen und ergänzt, dass zwischenzeitlich die Fortschreibung des Sozialplans Alter ausgeschrieben wurde. Eine entsprechende Vorlage wird in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorgelegt.

Frau Gehrke ergänzt, dass zusätzliche Notübernachtungsplätze für obdachlose Menschen für die Winterzeit geschaffen wurden. In einem städtischen Objekt wurden ergänzend zum Kremer-Haus vier zusätzliche Schlafplätze eingerichtet, so dass auch in Zeiten der Corona-Pandemie nach Möglichkeit eine Einzelunterbringung angeboten werden kann.

- 4. Einwohnerfragestunde**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

Herr Aljasem berichtet über die letzte Sitzung des Integrationsrates am 04.11.2021:

- Die Volkshochschule Rheine hat das Projekt „Stärkung digitale Elternkompetenz“ bzw. SchoolFox vorgestellt und den Integrationsrat gebeten, bei der Übersetzung von erklärenden Videos zu helfen. Herr Aljasem hat sich bereit erklärt, die Videos kostenlos zu bearbeiten und bei der Übersetzung zu helfen.
- Das Multiprofessionelle Team hat seine Arbeit vorgestellt.
- Der Integrationsrat hat Herrn Tahmaz als Mitglied und Herrn Aljasem und Frau Dursun als Vertreter für die Lenkungsgruppe des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) gewählt.
- Der Integrationsrat ist offiziell auf facebook und instagram vertreten. Anfang nächsten Jahres soll auch der Internetauftritt überarbeitet werden.
- Der Integrationsrat gewährt dem tamilischen Verein für den muttersprachlichen Unterricht einen Zuschuss zu den Materialkosten in Höhe von 1.600 Euro. Darüber hinaus soll ein Antrag auf Befreiung von den Mietkosten gestellt werden.
- Der Integrationsrat hat beschlossen, den bekannten Integrationsvereinen in Rheine einen einmaligen Corona-Zuschuss in Höhe von 100 Euro als symbolisches Zeichen zu gewähren.

Weiterhin berichtet Herr Aljasem über das Austauschtreffen des Integrationsrates mit der Ausländerbehörde der Stadt Rheine und den Bericht über die Einbürgerungsinitiative NRW im letzten Integrationsrat. Herr Aljasem stellt dar, dass ihm gegenüber zugesagt wurde, dass Einbürgerungen auch mit abgelaufenen Pässen möglich sein sollen. Herr Aljasem zeigt sich verärgert darüber, dass dies nach Berichten von mehreren Migranten nicht der Wahrheit entspricht. Entgegen der Darstellung der Verwaltung, sollen viele Migranten Probleme mit der Ausländerbehörde haben. Hierfür sollen ihm entsprechende Nachweise vorliegen, die er gerne zur Verfügung stellt. Als Beispiele führt er an:

- Verweigerung der Annahme von Anträgen auf Niederlassungserlaubnis und auf Einbürgerung
- Anträge werden längere Zeit nicht bearbeitet
- Erreichbarkeitsprobleme
- Probleme mit der Identitätsklärung und Passbeschaffung
- Probleme bei der Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen
- Leistungskürzungen
- Probleme mit der Verlängerung von Duldungen
- Probleme bei der Erteilung von Fiktionsbescheinigungen
- Umgang mit Migranten in der Ausländerbehörde

Abschließend wirbt Herr Aljasem für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, der Politik und dem Integrationsrat.

Herr Gausmann bittet Herrn Aljasem um Aushändigung der Nachweise für die Anschuldigungen und stellt für seine Mitarbeiter/innen klar, dass es keinerlei Vorbehalte gegen ausländische Mitarbeiter/innen gibt. Er bietet Herrn Aljasem an, Einzelfälle zu klären.

Herr Aljasem betont, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt und er Nachweise zur Verfügung stellen wird.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meyer berichtet über die letzte Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 20.09.2021 zu der auch Politiker/innen und Kosten- bzw. Leistungsträger des Wohnens für Menschen mit Behinderungen eingeladen waren. Er führt aus, dass die mittelfristigen Bedarfswahlen für Wohnformen für behinderte Menschen einen Bedarf von 48 Plätzen ausweisen und er verweist in diesem Zusammenhang auf den TOP 12 der Einladung.

Herr Meyer berichtet von Problemen an der Werkstatt für behinderte Menschen an der Düstenbergstraße. Um die Bushaltestelle für die Rückfahrt zu erreichen, müssen die behinderten Menschen die viel befahrene Sandkampstraße überqueren, was ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. In Absprache mit der Stadt Rheine soll dort eine Straßenmarkierung und eine Temporeduzierung auf 30 km/h installiert werden.

Eine Anfrage zur Unterstützung bei der Errichtung einer Disco für behinderte Menschen im Jägerkrug in Rodde wurde vom Beirat für Menschen mit Behinderungen abgelehnt, da die Lokalität zum einen mit dem ÖPNV schlecht erreichbar und zum anderen die Barrierefreiheit ungeklärt ist.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist nach entsprechender Beschlussfassung auch im Jugendhilfeausschuss mit einem beratenden Mitglied vertreten. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen hat hierzu Frau Jansen und Frau Knoop als Vertreterin ernannt.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist im Planungsprozess des Rathauszentrums II eingebunden und wird laufend informiert.

Herr Meyer berichtet, dass es in der Sozialberichterstattung NRW keine verlässlichen Zahlen zu Menschen mit Behinderungen gibt. Er wünscht sich, dass dem Sozialausschuss zukünftig regelmäßig aktuelle Zahlen zum Pflegebedarf bei Menschen mit Behinderungen berichtet werden.

Herr Meyer erläutert kurz den Verein becura e. V. der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Kurzzeitpflegeplätze für Angehörige von behinderten Menschen zur Verfügung zu stellen.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen hat sich mit dem Thema eines zweiten Stellplatzes für Rollstühle, Rollatoren, Scooter, Kinderwagen etc. in den Stadtbussen beschäftigt. Allerdings ist ein Umbau aufgrund rechtlicher Hürden nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden. Herr Meyer schlägt vor, den zweiten Stellplatz bei zukünftigen Planungen aufzunehmen.

7. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates. Ein Thema dort war die Mitnahme von Scootern in Bussen. Der ursprünglich angedachte Flyer wurde allerdings wieder verworfen, da das Thema aufgrund der Komplexität nicht in einem verständlichen Flyer zu vermitteln ist.

Die VHS hat dem Seniorenbeirat ihr neues Programm für Internetkurse für Senioren vorgestellt.

Zum Thema „Isolation im Alter“ hat der Seniorenbeirat eine Arbeitsgruppe gebildet, die überlegt, wie man sich dem Thema nähern kann.

Als letztes Thema des Seniorenbeirates erläutert Frau van Es kurz die Problematik „Wohnen im Alter“.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bien-Ahrens berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

Der Familienbeirat plant, sich in naher Zukunft intensiv mit dem Familienbericht zu befassen.

Aufgrund geringer Nachfrage regt der Familienbeirat an, den Familienpass zu überarbeiten. Insbesondere in den Punkten Design, Angebotsvielfalt und Bekanntheit sieht der Familienbeirat noch Entwicklungspotential. Im nächsten Jahr sollen hierzu konkrete generationsübergreifende Projekte und ein Workshop umgesetzt werden.

9. Integration durch Bildung: Arbeit des Multiprofessionelles Teams und Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen Vorlage: 535/21

Frau Gehrke erläutert ausführlich die Vorlage.

Frau Lücke bedankt sich für die Vorlage und erklärt, dass das Multiprofessionelle Team gute Arbeit in dem Stadtteil leistet. Sie fragt, ob das Modell auch auf andere Stadtteile ausgeweitet werden kann.

Frau Gaasbeek merkt an, dass sich die Schülerzahlen stark auf den Schotthock konzentrieren. Sie hält eine bessere Durchmischung der Schüler/innen für sinnvoll um eine bessere Integration zu gewährleisten. Hierzu kündigt sie einen Antrag für eine interfraktionelle Arbeitsgruppe an.

Frau Ehrenberg schließt sich den Ausführungen von Frau Gaasbeek an und weist auf die Formulierung in der Vorlage hin, wonach die Schüler der Ludgerusschule zugewiesen werden. Sie regt an, auch über diesen Weg eine bessere Durchmischung der Schüler/innen zu erreichen.

Frau Floyd-Wenke erkundigt sich nach der in der Vorlage genannten Wohnbund-Beratung NRW GmbH und fragt, wer legitimiert ist, denen Aufträge zu erteilen und welchen Zweck eine entsprechende Beauftragung verfolgt.

Herr Gausmann erläutert, dass die Wohnbund-Beratung NRW GmbH von der Stadtentwicklung zur Vorbereitung des Projektes „Soziale Stadt Schotthock“ beauftragt wurde um zu ermitteln welches städtebauliche und soziale Potential im Stadtteil Schotthock vorhanden ist. Hinsichtlich der Ausweitung des Multiprofessionellen Teams auf andere Stadtteile verweist Herr Gausmann auf fehlende Fördermöglichkeiten. Zum Thema der besseren Durchmischung der Schülerinnen und Schüler sieht Herr Gausmann den Arbeitskreis Schulstruktur als passenden Ansatzpunkt, der über die kommunale Klassenrichtzahl und die Schuleinzugsbereiche Einfluss nehmen kann.

Zur Zuweisung der Schülerinnen und Schüler ergänzt Frau Gehrke, dass ausschließlich der Elternwille entscheidet, die ihre Kinder in der Regel an der nächstgelegenen Schule anmelden.

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Integration durch Bildung mit folgenden Bestandteilen

- I. Arbeit des Multiprofessionellen Teams
- II. Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen in Rheine

zur Kenntnis.

**10. Jahresbericht zur Ankommensberatung
Vorlage: 529/21**

Frau Gehrke erläutert die Vorlage.

Frau Stockel bedankt sich für die SPD-Fraktion für die Vorlage und die Informationen. Aus ihrer Sicht ist insbesondere die Niederschwelligkeit für den Erfolg der Ankommensberatung verantwortlich. Aus ihrer Sicht stellt sich die Frage wie viele Menschen mit den in vier Sprachen verfügbaren Willkommensbriefen erreicht werden können.

Frau Gaasbeek erkundigt sich nach den EU-Arbeitsmigranten und deren Beratung.

Frau Gehrke erläutert, dass die Willkommensbriefe in die vier am häufigsten vertretenen Sprachen übersetzt wurden. Bei anderen Sprachen werden Dolmetscher aus dem Sprachmittler-Pool hinzugezogen. Insgesamt hat sich gezeigt, dass das persönliche Gespräch wichtiger ist als eine in der eigenen Landessprache übersetzte Broschüre. Auch bei Sprachproblemen dient die Broschüre als gutes Nachschlagewerk für Adressen und Telefonnummern.

Hinsichtlich der EU-Arbeitsmigranten führt sie aus, dass auch diesem Personenkreis alle Beratungsangebote offen stehen; eine aufsuchende Arbeit ist aber aufgrund der beschränkten personellen Ressourcen nicht möglich.

Herr Meier regt an, die Willkommensbriefe auch in „Leichte Sprache“ zu übersetzen. Seitens der Verwaltung wird dies bei der Neuauflage berücksichtigt.

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Ankommensberatung des Teams Beratung und Begleitung von Zuwanderern zur Kenntnis.

**11. Neustrukturierung der Produkte "Offene Seniorenarbeit" und "Offene Behindertenarbeit"
Vorlage: 589/21**

Herr Gausmann erläutert die Vorlage.

Frau Stockel hält es für sehr wichtig, sowohl beim Sozialplan Alter als auch beim Aktionsplan Integration qualitativ nach vorne zu kommen.

Herr Hewing erkundigt sich, mit welcher Berufsgruppe die auszuscheidenden zwei Halbtagsstellen besetzt werden sollen und ob der Arbeitsmarkt diese auch hergibt. Herr Gausmann antwortet, dass man mindestens von Bachelor der Sozialarbeit oder Sozialpädagogik ausgeht und entsprechende Fachkräfte hausintern verfügbar sind.

Herr Meier freut sich über die Fortführung des Aktionsplans Inklusion. Allerdings warnt er davor, auch bei sich teilweise überschneidenden Themenfeldern und Synergien den Seniorenbeirat mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen zukünftig zusammen zu legen. Auch zeigt er sich verwundert darüber, dass über die neu zu besetzende Stelle auch der Kontakt zum Kreis-Inklusionsrat hergestellt werden soll. Hier hält Herr Meier eine Vertretung durch einen Betroffenen bzw. einen Vertreter einer entsprechenden Interessensgruppe für sinnvoller.

Herr Gausmann führt aus, dass die Verwaltung die Zusammenlegung der beiden genannten Ausschüsse nicht aktiv vorantreiben wird, da er eine solche Vereinigung für nicht zielführend hält. Zur Verzahnung mit dem Kreis-Inklusionsrat erläutert er, dass damit nicht die offizielle Ver-

tretung des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Rheine gemeint ist, sondern eine Zusammenarbeit mit Verwaltungskräften beim Kreis Steinfurt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der inhaltlichen Neustrukturierung und der personellen Ausrichtungen der Produkte „Offene Seniorenarbeit“ und „Offene Behindertenarbeit“ zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Aktuelle Bedarfszahlen der Wohnhilfen der Eingliederungshilfe in der Stadt Rheine Vorlage: 531/21

Herr Gausmann erläutert die Vorlage und stellt die Dringlichkeit der Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen heraus.

Zum Antrag des Beirates für Menschen mit Behinderungen vom 26.10.2021 führt er aus, dass die Verwaltung der Bitte zur Information möglicher Investoren über geeignete Grundstücke nachkommen wird. Als mögliche Investoren kommen hier die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband und der Wittekindshof in Frage. Geplant sind Grundstücke in der Eschendorfer Aue, in der Damloup-Kaserne und in der Laugestraße im Rahmen von Konzeptvergaben zur Errichtung von Wohnraum in besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen niedrigschwellig an Investoren zu vergeben.

Zum Vorschlag des VdK im Antrag vom 08.10.2021 zum Kauf des Grundstücks der ehemaligen Polizeidienststelle an der Gartenstraße und Vermarktung für zusätzliche Wohnraumplätze stellt Herr Gausmann dar, dass diese Lösung seitens der Verwaltung nicht favorisiert wird. Als Grund hierfür führt er mögliche langwierige Verhandlungen mit dem Eigentümer (Land NRW) und den beteiligten Behörden an. Eine Schaffung von neuen Wohnraumplätzen z. B. in der Eschendorfer Aue sei zeitlich deutlich schneller realisierbar. Herr Gausmann will damit einen Ankauf des Grundstücks an der Gartenstraße allerdings nicht kategorisch ausschließen, er hält jedoch mit Blick auf den zeitlichen Rahmen andere Lösungen für schneller umsetzbar.

Frau Berkmann kritisiert, dass seitens des LWL zu lange nichts zur Erhöhung der Wohnraumplätze für Menschen mit Behinderungen unternommen wurde. Ergänzend zu den von der Verwaltung aufgezählten möglichen Trägern schlägt sie eine Kontaktaufnahme zu weiteren Trägern wie der Diakonie, den Maltesern oder den Johannitern vor. Frau Berkmann bittet die Verwaltung Kontakt zum LWL aufzunehmen und erneut die aktuellen Bedarfszahlen der Wohnungshilfe der Eingliederungshilfe anzufordern.

Frau Stockel bedankt sich für die Vorlage und ergänzt, dass aus ihrer Sicht die tatsächlichen Bedarfe noch höher liegen. Als Grund hierfür führt sie an, dass Menschen aus Rheine teilweise gar nicht in Rheine untergebracht sind. Frau Stockel sieht ebenfalls einen dringenden Handlungsbedarf und schlägt eine politische Beteiligung im Arbeitskreis Wohnen vor.

Frau Stockel bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die städtische Wohnungsgesellschaft als Investor eines Wohnungsprojektes auftreten kann um die Trägerschaft in einem zweiten Schritt an einen freien Träger vergeben zu können.

Frau Stockel spricht sich ausdrücklich für ein mehrgleisiges Vorgehen aus um gerade im intensivbetreuten Bereich zeitnah zusätzliche Plätze schaffen zu können.

Herr Meier unterstützt die Idee, dass die Stadt Rheine als Investor auftritt. und bringt als möglichen zusätzlichen Träger den Cebeef ein.

Herr Meier gibt zu bedenken, dass dem LWL unter Umständen nicht alle Bedarfe bekannt sind, da nicht alle Betroffenen auch Anträge beim LWL stellen. Vielfach werden nur Anfragen an den Träger der Einrichtung gestellt, die nicht weitergegeben werden.

Herr Meier hält das Grundstück an der Gartenstraße aufgrund seiner Lage und bereits bestehender Bebauung für gut geeignet, kennt aber aus eigener Erfahrung die möglichen Verzögerungen bei den notwendigen Verhandlungen und favorisiert daher aus Zeitgründen ebenfalls neu zu bebauende Grundstücke.

Frau Lücke bringt zusätzlich die Idee einer Elterninitiative als Investor ein und schlägt einen Kontakt zur Landesbehindertenbeauftragten vor um von überregionalen Erfahrungen zu profitieren.

Herr Hewing begrüßt alle bisher gemachten Vorschläge. Aus seiner Sicht ist es gut, dass jetzt in vielerlei Richtungen gedacht wird.

Frau Ehrenberg gibt zu bedenken, dass mehr als die Hälfte der Angeschriebenen nicht geantwortet haben und daher keine validen Zahlen vorliegen. An dieser Stelle sieht sie Nachbesserungsbedarf.

Frau Ehrenberg schlägt für die Stadt Rheine oder einen Träger eine Miete statt Kauf der Liegenschaft an der Gartenstraße vor. Zudem regt sie eine Besichtigung der Räumlichkeiten an.

Frau Eggenkämper sieht die ehemalige Polizeidienststelle als sehr geeignet für die Schaffung neuen Wohnraums für Menschen mit Behinderungen an. Sie verweist auf die besondere Dringlichkeit der Maßnahme.

Frau Dr. Hovestadt wirft die Problematik der gedeckelten Pflegeplätze auf und fragt an, welche Träger entsprechende Kapazitäten mitbringen können.

Herr Gausmann weist für die weitere Diskussion daraufhin, dass für die Planung der Wohnraumplätze für Menschen mit Behinderungen nicht die Stadt Rheine, sondern ausschließlich der LWL zuständig ist. Aufgabe der Stadt Rheine ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Träger vor Ort ein Angebot entwickeln können.

Herr Gausmann stellt mit Blick auf eine Besichtigung der Räumlichkeiten an der Gartenstadt dar, dass die räumlichen Rahmenbedingungen, die für intensiv betreutes Wohnen benötigt werden, dort weder vorhanden sind, noch mit einem vertretbaren baulichen Aufwand hergestellt werden können und deutlich über ein Entkernen hinausgehen.

Herr Gausmann kann sich gut vorstellen, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft als Investor für ein solches Wohnprojekt auftritt.

Frau Berkmann erkennt, dass für die Planung ausschließlich der LWL zuständig ist und bittet die Verwaltung jedoch sich regelmäßig nach dem Stand des Verfahrens zu erkundigen.

Aus ihrer Sicht müsste die Immobilie der alten Polizeidienststelle baufachlich begutachtet werden um auch Fragen der Barrierefreiheit beantworten zu können.

Als Sozialpolitikerin fordert sie vernünftige und verlässliche Zahlen für eine sachgerechte Entscheidung.

Herr Azevedo zeigt sein Unverständnis darüber, dass dem LWL keine verlässliche Datenbasis vorliegt und begrüßt das die Verwaltung die Initiative ergreift und aktiv auf die Träger zugeht.

Frau Stockel berichtet von Frustration der Betroffenen bzw. deren Angehörigen, da in der Vergangenheit immer wieder zu Interessensbekundungen und Antragstellungen aufgerufen wurde. Sie verweist darauf, dass es nicht mit einem kurzen formlosen Antrag erledigt ist und teilweise jährlich neue Anträge gestellt werden müssen. Aus ihrer Sicht wird es sehr schwierig, valide Zahlen zu bekommen.

Frau Stockel stellt für die SPD-Fraktion den Antrag auf Erweiterung des Beschlussvorschlags um die folgenden Punkte:

- Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, Kontakt mit der städtischen Wohnungsgesellschaft aufzunehmen um dort eine Grundbereitschaft herbeizuführen, sich als Investor für eine intensiv betreute Wohnform oder andere Wohnform für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, eine politische Beteiligung am Arbeitskreis „Wohnen“ zu installieren.

Frau Ehrenberg erinnert an die noch offenen Punkte des Antrags der UWG vom 21.06.2021 und bittet die Verwaltung um erneute Vorlage zur Beschlussfassung.

Herr Gausmann weist noch einmal eindringlich auf die Verantwortlichkeiten hin, die beim Ankauf des Grundstücks an der Gartenstraße beim Haupt-, Digital und Finanzausschuss bzw. dem Rat und bei der Errichtung von neuen Wohnplätzen bei den Trägern liegen. Er kündigt an, erneut offensiv auf die Träger zuzugehen und über Bewerbungsmöglichkeiten zu informieren. Anschließend ergänzt Herr Gausmann den vorliegenden Beschlussvorschlag um die bisher in der Diskussion herausgearbeiteten Punkte.

Beschluss:

Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- Der Sozialausschuss nimmt die aktuellen Bedarfszahlen zur Kenntnis.
- Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, Kontakt mit der städtischen Wohnungsgesellschaft aufzunehmen um dort eine Grundbereitschaft herbeizuführen, sich als Investor für eine intensiv betreute Wohnform oder andere Wohnform für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, aktiv auf die verschiedenen Träger zuzugehen und ihnen Grundstücke im Rahmen einer Konzeptvergabe anzubieten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, über die Liegenschaftsabteilung die Rahmenbedingungen für den Erwerb, Pacht oder Miete des Grundstücks der ehemaligen Polizeidienststelle an der Gartenstraße zu ermitteln.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der UWG vom 21.06.2021 erneut umfassend zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, eine politische Beteiligung am Arbeitskreis „Wohnen“ zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. Antrag der Fraktionen CDU und FDP: "Einrichtung eines Arbeitskreises Sozialbericht"
Vorlage: 485/21

Herr Azevedo begrüßt den erweiterten Vorschlag der Verwaltung.

Frau Floyd-Wenke lehnt den vorliegenden Antrag ab. Aus ihrer Sicht ist der Sozialbericht originäre Aufgabe des Sozialausschusses und sollte auch dort beraten werden. Sie wirbt dafür, lieber mehrere Sitzungen des Sozialausschusses anzusetzen als einen zusätzlichen Arbeitskreis zu gründen. Aus ihrer Sicht ist die Aufarbeitung der Sozialdaten und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen Aufgabe der Verwaltung.

Frau Floyd-Wenke erklärt, dass sich die Fraktion Die Linke nicht am Arbeitskreis beteiligen wird.

Herr Hewig führt aus, dass die Fraktion der Grünen davon ausgeht, dass der Arbeitskreis nicht über Handlungsstrategien berät, sondern den Sozialbericht aufarbeitet. Seitens der Fraktion der Grünen wird der Beschlussvorschlag unterstützt.

Frau Stockel unterstützt die Argumentation der Fraktion Die Linke. Aus ihrer Sicht sind die Themen des Sozialberichts so vielfältig, dass sie auch im gesamten Sozialausschuss beraten werden sollten.

Frau Ehrenberg sieht es nicht als Aufgabe der Politik an, einen Sozialbericht zu erstellen. Sie schlägt eine - ggfls. befristete - Aufstockung der Stellenanteile der Sozialplanung vor um den Sozialbericht ausarbeiten zu lassen.

Frau Ehrenberg erklärt, dass sie sich nicht an dem Arbeitskreis beteiligen wird.

Frau Homann-Eckhardt gibt zu bedenken, dass bisher noch kein Sozialbericht vorliegt. Ziel des Antrages ist die Erarbeitung eines Konzeptes bzw. Grundgerüsts anhand dessen der Sozialbericht erstellt werden soll. Vorgesehen sind zwei bis drei Sitzungen zur Vorbereitung in einem kleinen arbeitsfähigen Rahmen und eine anschließende Beratung im Sozialausschuss. Es geht nicht darum, Entscheidungen aus dem Sozialausschuss in Ausschüsse zu verlagern.

Frau Eggenkämper stellt die Vielschichtigkeit des Sozialberichts heraus und begründet, dass auch die am Beratungsprozess beteiligten Menschen vielschichtig sein sollten. Sie zieht daher die Beratung im Sozialausschuss der Beratung in einem kleinen Arbeitskreis vor.

Herr Gausmann stellt klar, dass im geplanten Arbeitskreis keine Beschlussfassung stattfinden wird. Beschlussfassendes Organ ist ausschließlich der Sozialausschuss. Geplant ist eine Vorstellung der aufbereiteten Datenbasis im Zeitraum Mai bis Juni im Sozialausschuss um daraus einen Maßnahmenkatalog abzuleiten. Der Arbeitskreis soll ausschließlich zur Vorbereitung des Maßnahmenkatalogs dienen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss möge darüber beschließen, einen Arbeitskreis zur Beratung des Sozialberichtes mit Vertretern aller Fraktionen (AK Sozialbericht) zu bilden. Die Berichterstattung der Ergebnisse soll im Sozialausschuss erfolgen.

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Arbeitskreis mit je einer Vertretung aller Fraktionen, der Senioren- und Behindertenbeiräte, sowie des Integrationsrates (AK Sozialbericht) einzurichten. Die Berichterstattung der Ergebnisse soll im Sozialausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

11	JA-Stimmen
9	NEIN-Stimmen
1	Enthaltung

14. **Teiljahresabschlussbericht 2020, FB 8 - Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 - 84**
Vorlage: 504/21

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2020 für den Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 - 84 zur Kenntnis.

15. **Teiljahresabschlussbericht 2020, SB 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit**
Vorlage: 505/21

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2020 für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 24 –zur Kenntnis.

16. **Berichtswesen 2021, Stichtag 31.10.2021, FB 8 - Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 - 84**
Vorlage: 506/21

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den FB 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 - 84 mit dem Stand der Daten zum 31.10.2021 zur Kenntnis.

17. **Berichtswesen 2021, Stichtag 31.10.2021, SB 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit**
Vorlage: 507/21

Kenntnisnahme:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2, Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit - mit dem Stand der Daten zum 31.10.2021 zur Kenntnis.

18. **Stellenplan 2021 für den Fachbereich 8: Produkte 8101, 8102, 8103 und Produktgruppe 82,83 und 84**
Vorlage: 460/21

Herr Gausmann und Frau Gehrke beantworten Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Floyd-Wenke merkt an, dass die Fraktion Die Linke ihre Haushaltsplanberatungen noch nicht durchgeführt hat und sie sich daher enthalten wird.

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration (für die Produkte 8101, 8102, 8103 und die Produktgruppen 82,83 und 84) in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2022 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration (für die Produkte 8101, 8102, 8103 und die Produktgruppen 82,83 und 84)

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten/befristet bis
1	Sozialarbeiter/-innen für die Betreuung von Zugewanderten	3,0 / SuE 12 TvöD	24 Monate
2	Sozialarbeiter/-in für Teilhabemanagement im Rahmen der Landesinitiative „Gemeinsam klappt`s“	0,5 / SuE 12 TVöD	30 Monate
3	Sozialarbeiter/-in für das Hausmanagement Mitte 51	0,5 / SuE 12 TVöD	24 Monate

4	Hilfshausmeister/-in in den Sozialen Einrichtungen	1,0 / EG 2 TVöD	60 Monate
5	Sozialarbeiter/-in im Rahmen des Aktionsprogramms „Hilfen in Wohnungsnotfällen“	0,5 / SuE 12 TVöD /	24 Monate
6	Verwaltungskraft im Rahmen des Aktionsprogramms „Hilfen in Wohnungsnotfällen“	0,5 / A 9/ A 10 LBesG NRW	24 Monate
7	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten	1,0 / A 9 LBesG NRW	60 Monate
8	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten / Einbürgerungsangelegenheiten im Rahmen des Programms „KIM“	1,0 / A 9 LBesG NRW	36 Monate
9	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten im Rahmen des Programms „KIM“	0,5 / A 9 LBesG NRW	36 Monate
Summe		8,5 Stellen	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
bei zwei Enthaltungen

**19. Stellenplan 2021 für die Produktgruppe 24 (Offene Senioren- & Behindertenarbeit)
Vorlage: 458/21**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

den als Anlage beigefügten Stellenplan der Produktgruppe 24 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2022 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
bei zwei Enthaltungen

20. **Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025, FB 8 - Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 - 84**
Vorlage: 508/21/1

Frau Gehrke erläutert die Ergänzungsvorlage und beantwortet Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Stockel erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmt. Gleichzeitig bittet Sie darum das Produkt 82 in einer der nächsten Sitzungen intensiver vorzustellen. Grund hierfür sind Begriffe wie Ermittlungsdienst und Spezialfahrzeuge, die bei den Haushaltsberatungen nicht geklärt werden konnten. Zum Produkt 84 wünscht sich die SPD-Fraktion eine Ausarbeitung zum Thema Übernachtungsmöglichkeiten mit Tieren, Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Frauen und sog. Sleep-Ins.

Frau Ehrenberg führt zur Produktgruppe 83 - Soziale Transferleistungen - aus, dass die durch den Bund höhere Beteiligung an den kommunalen Kosten der Unterkunft beim Kreis Steinfurt verbleibt und über die Kreisumlage nur mittelbar an die Kommunen weitergeben wird. Sie bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie hoch dieser Betrag ist und welcher Anteil davon auf die Stadt Rheine entfallen würde. Frau Ehrenberg bittet die Fraktionen bei ihren Kreistagsmitgliedern Werbung für eine verursachungsgerechte Verteilung der Mittel zu machen.

Herr Gausmann erläutert, dass durch die höhere Kostenbeteiligung des Bundes beim Kreis Steinfurt Mehreinnahmen in Höhe von ca. 10 Mio. Euro entstehen. Sofern die Mehreinnahmen unmittelbar auf die Kreisumlage angerechnet würden, entfielen ca. 20 % auf die Stadt Rheine. Herr Gausmann verweist in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Steinfurt zur Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage 2022 vom 24.09.2021, die dem Protokoll beigelegt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Grundsicherung für Arbeitsuchende – SGB II

Gegenüber dem Haushaltsansatz 2020 erhöht sich der geplante Nettobedarf der Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreishaushalt im Jahr 2022 enorm (um 6,168 Mio. EUR bzw. +55,5%). In diesem Zusammenhang wird im Folgenden die dauerhaft erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) thematisiert.

Dauerhaft erhöhte Bundesbeteiligung um weitere 25% an den KdU seit 2020

In seiner Pressemitteilung vom 04.06.2020 forderte der Städte- und Gemeindebund NRW die Kreise auf, die Entlastung durch den dauerhaft höheren Bundesanteil an den KdU 1:1 an die kreisangehörigen Kommunen weiterzugeben. Gemäß Eckdatenschreiben vom 16.08.2021 zum Entwurf des Kreishaushaltes 2022 beträgt die Entlastung für den Kreis Steinfurt rd. 11,3 Mio. EUR pro Jahr, und sie dient dem Kreis als allgemeines Finanzierungsmittel. Eine tatsächliche Zahllastsenkung der kreisangehörigen Gemeinden ist bei der allgemeinen Kreisumlage gegenüber ihrem Ansatz 2020 trotz der KdU-Entlastung nicht eingetreten.

Von der erhöhten Bundesbeteiligung an den KdU erwarteten die kreisangehörigen Kommunen eine tatsächliche Zahllastsenkung, um ihre angespannte Haushaltssituation wenigstens teilweise zu verbessern und notwendige Investitionsmaßnahmen umsetzen zu können. Eine zumindest anteilige Weitergabe der KdU-Entlastung durch den Kreis Steinfurt hat für die kreisangehörigen Kommunen eine starke symbolische Bedeutung: Die Forderung nach einer höheren Bundesbeteiligung an den KdU gehört zu ihren ältesten Forderungen, und sie ist seit jeher mit der genannten Erwartungshaltung verbunden.

Die kreisangehörigen Kommunen fordern daher die vollständige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage des Kreises Steinfurt im Haushaltsjahr 2022. Der Bestand der Ausgleichsrücklage des Kreises Steinfurt beträgt zum Stichtag 31.12.2021 rd. 13,02 Mio. EUR. Es zeichnet sich ab, dass aufgrund von Haushaltsverbesserungen die geplante Inanspruchnahme im laufenden Haushaltsjahr geringer ausfallen wird. Kommt der Kreis Steinfurt der Forderung der kreisangehörigen Kommunen nach, so trägt er zum Erhalt der Investitionstätigkeit der Kommunen im Kreis bei. Dies ist in Anbetracht der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung und der Stadtentwicklung der kreisangehörigen Städte von großer Bedeutung.

In Summe würde der Kreis Steinfurt mit rd. 20,62 Mio. EUR (7,60 Mio. EUR in 2021 + 13,02 Mio. EUR in 2022) in etwa die KdU-Entlastung von zwei Jahren an die kreisangehörigen Kommunen weitergeben, wenngleich sie für den Kreis Steinfurt dauerhaft jährlich rd. 11,3 Mio. EUR beträgt. In 2022 würde dies bei den kreisangehörigen Kommunen zu einer einmaligen Zahllastsenkung bei der allgemeinen Kreisumlage führen (182,688 Mio. EUR in 2022 gegenüber 184,543 Mio. EUR in 2021). Diese Zahllastsenkung ist auch vor dem Hintergrund von großer Bedeutung, dass gem. den Orientierungsdaten 2022 - 2025 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für 2022 mit -10,2% prognostiziert wird und dies den Wechsel von der Umsatzsteuer-Entlastung zur KdU-Entlastung widerspiegelt (siehe Runderlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. August 2021 Az. 304-46.05.01-264/21).

Den kreisangehörigen Kommunen ist in Anbetracht der Kreis-Ausgleichsrücklage und dem oben aufgeführten Anstieg des Nettobedarfs der Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende nach dem SGB II bewusst, dass eine darüberhinausgehende Weitergabe der KdU-Entlastung durch den Kreis Steinfurt nicht möglich sein wird.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 8 – Produktgruppen 81 - 84 mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2022 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
bei einer Enthaltung

21. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025, SB 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit Vorlage: 509/21

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass die dem Beirat für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellten 7.500 Euro im Ergebnis- und Investitionsplan nicht ausgewiesen werden. Beim Integrationsrat werden entsprechende Mittel in Höhe von 4.000 Euro ausgewiesen.

Herr Gausmann erläutert, dass die Ausweisung der Mittel beim Integrationsrat mit der besonderen gesetzlichen Stellung des Ausschusses zusammenhängen. Er kündigt an, dass aus Gründen der Klarheit für die nächsten Ergebnis- und Investitionspläne die den Ausschüssen zur Verfügung stehenden Mittel nachrichtlich aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 2 - Produktgruppe 24 mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2022 in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
 bei einer Enthaltung

22. Anfragen und Anregungen

Frau Gaasbeek fragt an, ob die Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Rheine mittlerweile keine Überlaufeinrichtung mehr ist und wie viele Personen aktuell dort untergebracht sind.

Frau Gehrke bestätigt, dass es sich wieder um eine „normale“ ZUE handelt und die Belegungszahlen stark schwanken. Aktuelle Zahlen werden dem Protokoll beigefügt.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Durchschnitt der letzten Wochen sind etwa 350 Personen in der ZUE untergebracht, was der Vollausslastung unter Corona-Bedingungen entspricht.